WP-03 Ein Land der Chancen

Gremium:	Landesvorstand NRW
Beschlussdatum:	01.10.2026
Tagesordnungspunkt:	4. Programm zur Landtagswahl 2027

Antragstext

Wir wollen ein Bildungssystem, in dem jedes Kind eine echte Chance bekommt. Wir wollen, dass jedes Kind seine Fähigkeiten und Talente entfalten kann – von der Kita bis zur Ausbildung, vom Klassenzimmer bis zum Hörsaal. Im Mittelpunkt stehen für uns die Menschen mit ihren unterschiedlichen Stärken und Bedürfnissen und ihrem Recht auf gute Bildung und lebenslanges Lernen.

Unsere Bildungspolitik setzt dort an, wo Menschen sie am dringendsten brauchen. Wo Kitas und Schulen an ihre Grenzen kommen, weil Personal fehlt oder Gebäude marode sind, investieren wir gezielt und schaffen bessere Bedingungen. Wo starre Vorgaben gutem Unterricht im Weg stehen, schaffen wir mehr Spielraum für die, die jeden Tag vor Ort arbeiten.

Bildungserfolg darf nicht vom Elternhaus abhängen. Dazu gehört eine frühkindliche Bildung, die bereits vor dem ersten Schultag ansetzt, damit kein Kind zurückbleibt, bevor es überhaupt eine Chance hatte. Dazu gehören Schulen, an denen niemand ausgeschlossen wird – unabhängig von Herkunft, Behinderung oder sozialer Lage. Und dazu gehören Ausbildung und Studium, die allen offenstehen, nicht nur denen, die es sich leisten können.

Gegenüber Diskriminierung, Rassismus und Queerfeindlichkeit im Bildungsalltag positionieren wir uns klar: Jeder junge Mensch soll sich in Kita, Schule, Ausbildung oder Hochschule sicher fühlen. Sie alle gehören zu NRW. Wo Hass und Ausgrenzung Lernorte bedrohen, stehen wir an der Seite der Betroffenen und handeln konsequent.

Uns geht es um ein Bildungssystem, das Familien im Alltag entlastet, den digitalen Wandel begleitet und Talente unabhängig von ihrer Herkunft fördert; ein System, das Chancen eröffnet, Vielfalt lebt und Zukunft ermöglicht. Diese Überzeugung treibt unsere Arbeit seit fast fünf Jahren an: Wir haben Investitionen in Kitas, Schulen und Ausbildung priorisiert und überfällige Reformen angestoßen. Noch nie hat das Land so viel Geld für Bildung ausgegeben wie jetzt unter einer schwarz-grünen Regierung. Darauf bauen wir auf: für jedes Kind und jeden jungen Menschen in diesem Land, chancengerecht statt vom Zufall abhängig, mit dem klaren Ziel, dass nicht Herkunft über den Bildungserfolg entscheidet, sondern Fähigkeiten, Talente und eigene Ziele.

Wir stärken frühkindliche Bildung von Klein an

Für einen guten Bildungsstart

Wir wollen die besten Bildungschancen für alle Kinder. Wir wollen, dass jedes Kind gut aufwachsen und sich entfalten kann. Jedes Kind soll mit den besten Voraussetzungen ins Leben starten. Bildungsgerechtigkeit entscheidet sich vor

dem ersten Schultag. Hier setzen wir an. Frühkindliche Bildung muss sich konsequent am Kind orientieren. Wir haben die Kindertagesbetreuung in NRW in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut. Die Zahl der Kita-Plätze ist gestiegen, gleichzeitig ist auch die Zahl der pädagogischen Fachkräfte deutlich angewachsen. Und wir investieren Rekordsummen in die frühkindliche Bildung: im Haushaltsjahr 2027 stehen 6,5 Milliarden Euro für Kitas und Kindertagespflege bereit – rund 2,1 Milliarden Euro mehr als noch im Jahr 2022.

Mit der Weiterentwicklung des Kinderbildungsgesetzes haben wir bereits bewusst die Sprachbildung in den Fokus gerückt und auch finanziell gestärkt. Denn Sprache ist der Schlüssel zu Teilhabe und Selbstbestimmung. Wir setzen auf eine kontinuierliche, alltagsintegrierte Sprachbildung in den Kitas, die Entwicklungsstände früh erkennt, dokumentiert und begleitet. Die Dokumentation der Sprachstandsentwicklung soll digital erfolgen, auch zur Arbeitserleichterung der Fachkräfte. Den Übergang von der Kita in die Grundschule wollen wir weiter stärken.

Ein regelmäßiger Kita-Besuch verbessert die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern erheblich. Wir bauen deshalb mögliche Hürden ab, die einem verlässlichen mehrjährigen Kita-Besuch heute noch im Weg stehen und gehen niedrigschwellig auf Eltern zu, um sie von den Chancen des Kita-Besuchs zu überzeugen. Es ist unser Ziel, dass jedes Kind mindestens im letzten Jahr vor der Einschulung eine Kita besucht. Deshalb wollen wir das letzte Kita-Jahr verbindlich gestalten.

Kein Kind soll hungrig in der ersten Schulstunde oder im Morgenkreis der Kita sitzen. Deswegen arbeiten wir mit Angeboten daran, dass das der Vergangenheit angehört.

Wo die Startbedingungen am schwierigsten sind, muss der Staat am stärksten unterstützen. Dafür haben wir den Kita-Sozialindex entwickelt, denn wir wollen unsere Ressourcen gezielt dort einsetzen, wo das Geld am meisten gebraucht wird und die Herausforderungen am größten sind. Deshalb setzen wir mit dem Ausbau der Chancen-Kitas genau dort an, wo Kinder die Unterstützung am dringendsten brauchen – durch aufsuchende Sozialarbeit und gezielte Sprachförderung.

Kitas müssen verlässlich sein. Wenn Betreuungszeiten kurzfristig ausfallen oder reduziert werden, bringt das den Alltag von Familien durcheinander und stellt insbesondere berufstätige Eltern vor große Probleme. Gute frühkindliche Bildung, gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in Kitas und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehören für uns zusammen. Daher benötigen wir neben den Kitas auch in Zukunft die Kindertagespflege als eine tragende Säule der frühkindlichen Bildung und Betreuung. Wir wollen Kitas so aufstellen, dass Familien sich auf ihre Betreuung verlassen können und Kinder verlässliche Strukturen erleben.

Für eine weiterhin hohe Qualität in den Kitas brauchen wir mehr Fachkräfte. Dem Fachkräftemangel im Elementarbereich begegnen wir deshalb mit neuen Wegen in den Beruf: Kinderpfleger*innen sollen sich berufsbegleitend zur Erzieher*in qualifizieren können, ohne noch einmal eine komplette Ausbildung durchlaufen zu müssen. Wir bauen praxisintegrierte Ausbildungsplätze weiter aus und erleichtern die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, denn der Einsatz von guten Erzieher*innen darf nicht an Bürokratie scheitern. Auch die Fachkräfteoffensive wollen wir weiterführen und ausbauen.

Weil gute Kitas eine zuverlässige Finanzierungsgrundlage brauchen, bauen wir das aktuelle Finanzierungssystem um. Die Umsetzung der Kita-Formel für ein neues, bürokratiearmes und bedarfsgerechteres System wollen wir vorantreiben und insbesondere das Kind und seine Bedarfe in den Fokus nehmen. Finanzielle Spielräume, die sich durch den Bürokratieabbau und durch sinkende Kinderzahlen ergeben, wollen wir für die Stärkung der Qualität der frühkindlichen Bildung einsetzen. Damit Inklusion gelingen kann, müssen die finanziellen und personellen Ressourcen bereitgestellt werden. Für uns gilt: Gute Chancen beginnen in der Kita. Wir wollen, dass jedes Kind von Anfang an die besten Voraussetzungen für seinen weiteren Weg bekommt.

Medienbildung von Anfang an

Medienbildung gehört für uns von Anfang an dazu. Dazu wollen wir insbesondere die Eltern sensibilisieren. Weil digitale Medien den Familienalltag schon in den ersten Lebensjahren prägen, verankern wir Medienkompetenz als festen Baustein der Frühen Hilfen: Wir qualifizieren Fachkräfte, bauen niedrigschwellige Beratung aus und unterstützen Eltern dabei, ihre Kinder von Anfang an sicher durch die digitale Welt zu begleiten.

Digitalisierung soll zugleich die Arbeit in unseren Kitas einfacher machen. Digitale Anwendungen können Fachkräfte bei Dokumentation, Organisation und Verwaltung entlasten und so mehr Zeit für die Arbeit mit den Kindern schaffen. Dafür wollen wir die digitale Ausstattung der Kitas verbessern und auch Bundesmittel für die Finanzierung notwendiger Endgeräte nutzen.

Wir geben Kindern, Jugendlichen und Familien Rückhalt

Familien im Alltag begleiten

Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Familien sind so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Familien geben Halt, sind Ort von Fürsorge, Erziehung und Pflege und sind damit von unverzichtbarem gesellschaftlichen Wert, der weit über das Private hinausreicht. Deshalb ist es unsere Aufgabe, allen Familienformen echte Wahlfreiheit, Anerkennung und verlässliche Unterstützung zu ermöglichen.

Eltern sind die ersten Bildungsbegleiter ihrer Kinder. Familien bewegen heute viele Fragen und Herausforderungen und der Beratungsbedarf wächst. Deshalb stärken wir die Familienbildung als wichtigen Teil der Bildungskette und unterstützen Familien frühzeitig und niedrigschwellig in ihrer Erziehungs- und Bildungskompetenz. Familienzentren sind hierfür gute Orte des Austauschs und der Beratung. Ihr Angebot in NRW wurde stetig erweitert. Diese Struktur muss nun weiter verbessert werden. Deshalb bündeln wir bestehende Angebote gezielt und verzahnen Familienbildung, -pflege und -beratung besser miteinander. Dabei schauen wir besonders dorthin, wo der Bedarf am größten ist. Dort bauen wir die Angebote gezielt aus und erleichtern Familien den Zugang, mitgestaltet von Kindern, Jugendlichen und Eltern selbst.

Teilhabe ermöglichen: Mit der Kidz-/YouthCard

Jedes fünfte Kind in NRW wächst in Armut auf. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung mit direkten Folgen für Bildungschancen und das spätere Leben. Bildungsgerechtigkeit hängt nicht nur von guter Kita und Schule ab, sondern auch davon, ob sich Familien Sportverein, Musikschule, Mittagessen, Nachhilfe oder die Klassenfahrt leisten können. Wir setzen uns für eine landesweit einheitliche Kidz-/YouthCard ein, die Kindern und Jugendlichen unkompliziert Zugang zu Teilhabe verschafft. Die Finanzierung der Karte soll an die Bundesmittel für Bildung und Teilhabe gekoppelt werden, um diese besser auszuschöpfen. Darüber hinaus sollen sowohl das Land als auch die Kommunen eigene Angebote ergänzen können – etwa kostenlosen Nahverkehr, freien Eintritt in Museen oder weitere Vergünstigungen vor Ort.

Kinderschutz, der wirkt

Kinder brauchen unseren Schutz, denn sie sind besonders verletzlich und überdurchschnittlich von Gewalt betroffen. NRW nimmt eine Vorreiterrolle bundesweit im Kinderschutz ein – diese wollen wir weiter ausbauen. Unser Ziel ist es, Kinderrechte im Alltag von Familien, Schulen, Kitas, Vereinen und der Kinder- und Jugendhilfe sichtbar zu machen und ihre Umsetzung zu stärken.

Wir entwickeln verbindliche Qualitätsstandards für Kinderschutzkonzepte, die wir gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und Eltern erarbeiten. Wir konkretisieren das bewährte Qualitätsentwicklungsverfahren der Jugendämter durch einen klaren Kriterienkatalog. Jugendämter und freie Träger stärken wir mit einer Qualitätsoffensive aus Fortbildung, Supervision und Vernetzung. Kinderschutzhäuser für kindgerechte, belastungsarme Vernehmungen bauen wir aus, indem wir bestehende Kinderschutzambulanzen weiterentwickeln. In jedem Regierungsbezirk soll mindestens eine Kinderschutzambulanz zur Verfügung stehen. Wir legen ein Programm auf, das Kinderschutzfachkräfte, gerade bei kleineren Trägern, qualifiziert und vernetzt. Auch bei kommerziellen Anbietern wollen wir den Kinderschutz stärken. Und weil ein großer Teil des Kinderalltags in Schulen stattfindet, müssen Kinderschutz und Gewaltprävention fest in der Schulentwicklung verankert werden.

Wenn Kinder oder Familien in Konflikt mit der Jugendhilfe geraten, brauchen sie unabhängige Ansprechstellen. Wir legen landesweit verbindliche Mindeststandards für Ombudsstellen fest: unabhängig, barrierefrei, mehrsprachig und flächendeckend erreichbar. Für uns steht fest: Hilfe in Notsituationen für Kinder und Familien darf nie an der Finanzkraft einer Kommune scheitern. Doch zugleich können aufwendige, individualpädagogische Hilfen kleinere Jugendämter finanziell überfordern. Wir suchen daher gemeinsam mit den Kommunen nach tragfähigen Lösungen.

Mit der unabhängigen Beauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte ist in NRW eine wichtige neue Struktur geschaffen worden. Wir wollen diese Stelle zu einer starken und sichtbaren Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche weiterentwickeln. Dafür benötigen wir ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen und eine enge Verzahnung mit den kommunalen Kinderschutznetzwerken.

Bei Verdacht auf Gewalt gegen Kinder leiten wir einen Paradigmenwechsel ein und verzahnen familiengerichtliche und strafrechtliche Verfahren konsequent. Durch

die Bündelung richterlicher Zuständigkeiten und die enge Vernetzung von Gerichten, Polizei, Jugendämtern sowie Hilfsangeboten beschleunigen wir Verfahren, verhindern Re-Traumatisierungen und ersparen Kindern belastende Mehrfachvernehmungen. Kinder und Jugendliche müssen in Verfahren, die sie betreffen, tatsächlich Gehör finden.

Erwachsenen Personen, die in ihrer Kindheit oder Jugend Opfer von sexualisierter Gewalt in Institutionen oder auch in der Familie geworden sind, wollen wir eine Stimme geben. Zurecht fordern sie ein Recht auf Aufarbeitung ein. Die Ergebnisse der Kommission für die Aufarbeitung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche nehmen wir daher sehr ernst und wollen die Umsetzung der Forderungen sorgfältig prüfen und angehen.

Besondere Lebenslagen begleiten

Manche Kinder und Jugendliche brauchen einen zweiten Blick. Pflegefamilien geben ihnen Sicherheit und ein familiäres Zuhause. Wir entwickeln das Konzept der Westfälischen Pflegefamilie zum Modell „Nordrhein-Westfälische Pflegefamilie" weiter, mit einheitlichen Qualitätsstandards, verbindlicher Fortbildung und einer landesweiten Hotline, die Pflegefamilien in Krisen schnell und unbürokratisch berät und unterstützt. Jugendliche, die aus der Jugendhilfe herauswachsen, dürfen danach nicht allein gelassen werden: Wir bauen verlässliche kommunale Netzwerke auf, die sie beim Übergang in Ausbildung, Studium, Beruf und eigenes Wohnen langfristig begleiten.

Mädchen sollen frei, sicher und selbstbestimmt aufwachsen und ihren eigenen Weg gehen können. Deshalb stärken wir ihre Chancen in Bildung, Gesundheit, Sport und Beruf, schützen sie vor geschlechtsspezifischer Gewalt und Diskriminierung und machen vielfältige weibliche Vorbilder sichtbarer.

Auch Jungen brauchen Unterstützung dabei, sich frei von starren Rollenbildern und problematischen Vorbildern in sozialen Medien zu entwickeln und einen guten Umgang mit Konflikten und Gewalt zu lernen. Wir treten für ein positives, verantwortungsvolles Rollenbild von Jungen und männlichen Vorbildern ein. Deshalb stärken wir geschlechterreflektierte Jungenarbeit gezielt mit präventiven Angeboten und qualifizierten Fachkräften.

Jugendarbeit stärken

Gute Jugendarbeit erreicht junge Menschen dort, wo sie sind, und nimmt ihre Lebensrealität ernst – von Sorgen um Armut, Ausbildung und Familie bis zu Krieg und Klimawandel. Der Kinder- und Jugendförderplan NRW ist das wichtigste und zentrale Förderinstrument des Landes, um Kinder und Jugendliche zu unterstützen und ihre Teilhabe zu stärken. Daher werden wir die Dynamisierung fortsetzen und Kinder und Jugendliche selbst bei der Erarbeitung der Schwerpunkte des nächsten Kinder- und Jugendförderplans einbeziehen.

Mit einem Landesprogramm „Digital Streetwork – Jugend NRW“ bringen wir aufsuchende Sozialarbeit ins Netz, also dorthin, wo viele Jugendliche einen Großteil ihrer Zeit verbringen und schützen sie so früher vor mentalen Krisen und Radikalisierung. Jugendarbeit für geflüchtete Kinder und Jugendliche verankern wir dauerhaft im Kinder- und Jugendförderplan, statt sie von Projekt zu Projekt zu finanzieren. Zugleich richten wir die Jugendarbeit stärker auf die

Herausforderungen aus, die junge Menschen heute beschäftigen – von psychischer Gesundheit, Rollenbildern und unterschiedlichen individuellen Bedürfnissen bis zu einem respektvollen, demokratischen und sicheren Miteinander, online wie offline.

Freiwilligendienstleistende sollen vom Land ein kostenfreies Deutschlandticket als Anerkennung erhalten.

Im ländlichen Raum bauen wir zielgruppenspezifische Angebote, wie Mädchen- und Jungenarbeit, queere und antirassistische Jugendarbeit, gezielt aus, damit gute Jugendarbeit keine Frage des Wohnorts bleibt.

Junge Menschen brauchen Orte, die ihnen gehören und in denen sie sich wohlfühlen. Wir schaffen Anreize, bestehende Jugendräume zu modernisieren und neue Treffpunkte zu schaffen. Junge Menschen sollen dabei beteiligt werden, Spiel- und Bolzplätze, Skate-, Calisthenic- und Dirtparks so zu gestalten, dass sie wirklich zu ihren Bedürfnissen passen.

Medienkompetenz stärken, digitale Räume schützen

Die Sozialen Medien sind für junge Menschen Orte der Kommunikation, Information und Teilhabe. Es sind aber auch Orte, an denen sie Hass, digitaler Gewalt, Cybergrooming und gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind. Kinder und Jugendliche müssen befähigt werden, Desinformation, Hass und manipulative Algorithmen zu erkennen und einzuordnen. Das gilt besonders für den Umgang mit Künstlicher Intelligenz, denn Schüler*innen und Lehrer*innen müssen frühzeitig Chancen und Grenzen von KI kennenlernen. Wir bauen Medienkompetenz und Medienbildung für Kinder, Jugendliche, Eltern und pädagogisches Personal weiter konsequent aus. Dabei bauen wir auf erfolgreichen Angeboten in NRW auf: Angebote wie das “Internet-ABC” und die “Medienscouts NRW” vermitteln Kindern und Jugendlichen Wissen und Kompetenzen für einen sicheren, selbstbestimmten und kritischen Umgang mit digitalen Medien. Wir wollen solche Angebote stärken und weiter in die Fläche bringen. Gleichzeitig stärken wir mit Angeboten wie „Eltern und Medien“ die Zusammenarbeit von Kitas, Schulen und Eltern, denn gute Medienbildung gelingt am besten gemeinsam.

Gleichzeitig reicht Bildung allein nicht: Suchtverstärkende Algorithmen, zielgenaues Targeting und gesundheitsgefährdende Inhalte treffen Kinder und Jugendliche besonders hart. Wir setzen uns deshalb für eine verbindliche Altersgrenze von 13 Jahren für Social-Media-Plattformen ein. Für 13- bis 15-Jährige sollen nur Plattformen zugänglich sein, die den Jugendschutzanforderungen des Digitale-Dienste-Gesetzes (Digital Services Act) entsprechen. Dafür nehmen wir die Plattformen in die Verantwortung. Die Altersprüfung muss datenschutzkonform erfolgen, ohne biometrische Daten. So verbinden wir Schutz und digitale Teilhabe, statt Verantwortung allein auf junge Menschen und ihre Eltern abzuwälzen. Kinder und Jugendliche beziehen wir in die Weiterentwicklung des Jugendmedienschutzes ein und setzen die Handlungsempfehlungen der Unabhängigen Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ für NRW konsequent um.

Wir machen Schulen und Ausbildung zukunftsfest

Für eine neue Schulfreiheit

Wir wollen Schulen, in denen Kinder eigenständig und verantwortungsvoll lernen können. Zu oft erstickt ihr Schulalltag in starren Regeln für Lehrpläne, Organisation und Personal. Wir finden: Lehrkräfte sollten bei ihrer pädagogischen Arbeit viel mehr Freiheit haben – getragen von Vertrauen, gemeinsamen Werten, Teilhabe und der Orientierung am Wohl der Kinder. Schulen sollen ihren eigenen Weg gestalten und Profile entwickeln, die zu ihren Schüler*innen, ihren Teams und ihrem Umfeld passen. Vertrauen bildet dabei die Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Schulträgern, Schulaufsicht, Eltern, Schüler*innen und Politik. Schulen sollen Neues erproben, aus Erfahrungen lernen und Konzepte verändern dürfen, wenn sie sich im Alltag nicht bewähren. Eine Vielfalt von Schulkonzepten erleben wir als Stärke, die wir sichtbar machen wollen.

Bildung soll sich am Kind orientieren: Ganzheitliches Lernen heißt für uns, Leistung und Persönlichkeit zusammenzudenken, mit weniger Bürokratie und mehr Wirkung. Wir wollen das Schulsystem mit seinen Bildungsgängen übersichtlicher gestalten und die Durchlässigkeit zwischen ihnen verbessern. Die Strukturen im Schulsystem verschlanken wir dort, wo es pädagogisch sinnvoll ist.

Einzelschulen erhalten mehr Verantwortung für ihr eigenes Budget. Dazu gehört auch, dass Grundschulen mit hohem Sozialindex die Schulzeit flexibel auf fünf statt vier Jahre verteilen können, wenn das dem Lerntempo der Kinder entspricht. Jugendliche, deren Abschluss gefährdet ist, fangen wir auf durch feste Kooperationsklassen zwischen Schule und Betrieb, mit eigens dafür bereitgestellter Begleitung. Schulleitungen erhalten gezielte Fortbildung in Organisationsentwicklung.

Wie Schulentwicklungsplanung und Schulfinanzierung künftig zwischen Land und Kommunen verteilt werden, wollen wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden neu verabreden.

Das System zur Steuerung von Schulen ist derzeit sehr kompliziert und wenig effizient. Das erschwert es, Schüler*innen gezielt zu unterstützen. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit von Schulen, Schulträgern, Schulaufsicht und Land neu ordnen und Abläufe vereinfachen.

Schulen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, gemeinsam mit den Kommunen passende Lösungen für ihre Lernorte in der Region zu entwickeln. Dabei geben wir den einzelnen Schulen mehr Entscheidungsspielraum. So wird Verantwortung stärker vor Ort verankert und Bildungsangebote können besser auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Schüler*innen zugeschnitten werden.

Lernen, das ins 21. Jahrhundert passt

Wir setzen die erfolgreiche Förderung von Einrichtungen der Bildung für nachhaltige Entwicklung und Umweltbildungseinrichtungen weiter fort und ermöglichen Naturerlebnisse für jedes Kind. In den vergangenen fünf Jahren haben wir das Netzwerk geförderter Einrichtungen im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung und Umweltbildung in NRW massiv ausgebaut; dieses Engagement setzen

wir fort und stärken dafür auch die regionalen BNE-Zentren strukturell und finanziell weiter. Konkret wollen wir einen Exkursionstag in jedem Kita- und Schuljahr verankern, ergänzt um jährliche Aktionen an Schulen und Kitas selbst. Etwa dort, wo Außenanlagen im Rahmen der Landesförderprogramme „Coole Schulhöfe" und „Grüne Kitas" naturnah und unter Beteiligung der Kinder umgestaltet werden.

Schule darf nicht bei vorgegebenen Lehrplänen stehen bleiben. Wir setzen auf Gestaltungskompetenzen und auf Projektlernen über Fachgrenzen hinaus. Schulen erhalten regelmäßig Zeit im Stundenplan, um sich fächer- und jahrgangsübergreifend mit aktuellen Themen zu beschäftigen. Wir stimmen Unterricht und den offenen Ganztag besser aufeinander ab und schaffen so einen kindgerechten Tagesablauf mit klarem Rhythmus für Lernen, Spielen und Erholen.

Wir machen Schluss mit der Unübersichtlichkeit aus rund 130 Lehrplänen in NRW: wir ersetzen schulformbezogene durch schulstufenbezogene Fachlehrpläne auf Grundlage eines Rahmenlehrplans, wie es andere Bundesländer bereits vormachen. So lernen alle Schüler*innen in einer Altersstufe dieselben Themen, flexibel angepasst an ihr persönliches Leistungsniveau. Das schafft Transparenz, ermöglicht durchlässigere Bildungswege, individuelle Förderung unabhängig von der Schulform und reduziert zugleich Bürokratie und den Aufwand der Schulaufsicht. So erleben Kinder und Jugendliche eine durchgängige, Bildungsbiografie ohne Brüche.

Damit trotzdem niemand durchs Raster fällt, legen wir landesweit verbindliche Mindeststandards und darauf aufbauende Kernlehrpläne fest. Sie müssen am Ende der Primarstufe und der Sekundarstufe I erreicht sein, überprüft durch regelmäßige Tests und Monitoring, verantwortet von den einzelnen Schulen gemeinsam mit der Schulaufsicht. In der Sekundarstufe I ermöglichen wir individualisierte Formen von Klassenarbeiten und mündlichen Prüfungen.

Wir stärken den Stellenwert von Politik, Sozialwissenschaften und Gesellschaft im Unterricht wieder deutlich, damit junge Menschen unsere Demokratie aktiv mitgestalten können.

Gute Schule braucht gutes Personal

Unsere Schulen in NRW kämpfen weiter mit Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall. Wir wollen dagegen vorgehen, mit Entbürokratisierung und mit Maßnahmen, die den Lehrberuf attraktiv halten und neues Personal gewinnen.

Gute Schule braucht starke Teams und weiß selbst am besten, welches Personal und welche Mittel sie dafür braucht. Schulen sollen flexibel und eigenständig entscheiden können, wie sie Personal- und Sachmittel einsetzen. Dabei orientieren wir uns an den Freiräumen, die Ersatzschulen schon heute nutzen. Auf Grundlage eines schulbezogenen Stellenplans verwalten Schulen künftig auch multiprofessionelle Personalstellen (u.a. Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, Verwaltungsstellen in IT und Administration) selbst, damit Schulen ihr Personal unkompliziert entsprechend ihrer akuten Bedarfe einsetzen können. Jede Schule kann sich so selbst das Team bauen, das sie wirklich braucht. Wir entlasten das pädagogische Personal gezielt von Verwaltungsaufgaben, damit mehr Zeit für das Lehren bleibt. Fach-, Werkstatt- und technische Lehrkräfte sollen eingestellt werden können. Schulsozialarbeit

wird mit verbindlichen Standards fester Bestandteil von Schule, mit engerem Austausch zwischen Jugendhilfe und Schule.

Wir schaffen gezielte Angebote für Gesundheitsförderung und Prävention gegen Überlastung von Lehrkräften.

Für den Seiten- und Quereinstieg in den Lehrberuf möchten wir weiter Hürden abbauen, ebenfalls bei der Anerkennung von ausländischen Studienabschlüssen und Berufserfahrung.

Lehrkräfte verstehen wir dabei als Begleiter*innen individueller Lernwege. Kinder und Jugendliche können ihr Lernen aktiv mitgestalten und eigene Stärken entdecken. Fort- und Weiterbildung gestalten wir gemeinsam mit den Hochschulen neu und verbindlicher: mit verpflichtenden Fortbildungen zur wachsenden Heterogenität der Klassen und zum Umgang mit Inklusion und Einwanderungsgesellschaft, zu Vielfalt, Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie mit ausgeweiteten Angeboten zu digitalen, auch KI-gestützten Lehr- und Lernformaten. Die Lehramtsausbildung selbst öffnen wir für duale Elemente und Studiengänge.

Schulleitungen stärken wir konsequent durch mehr Leitungszeit, größere Autonomie in Personal- und Unterrichtsentwicklung sowie kontinuierlicher Begleitung durch Coaching und Supervision. Mit den Lehrer*innenverbänden gehen wir zudem die überfällige Neubewertung der Lehrer*innenarbeitszeit an. Und wir reformieren das Referendariat mit dem Ziel eines fairen, modernen Vorbereitungsdienstes: flexibel zwischen 18 und 30 Monaten, modular strukturiert und an den individuellen Bedürfnissen der Lehramtsanwärter*innen orientiert.

Für einen guten und verlässlichen Ganztag

Der Ganztag ist und bleibt für uns der Schlüssel zu echter Chancengerechtigkeit und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir halten an der Ausbauoffensive der Offenen Ganztagsschule (OGS) in NRW fest und schreiben sie fort. Klar ist: Der Rechtsanspruch allein reicht nicht, solange Fachkräftemangel und angespannte Haushaltslage Tempo und Qualität begrenzen. Deshalb setzen wir parallel auf neue Ausbildungswege wie die Sozialassistenz mit Schwerpunkt Grundschulbetreuung und auf eine engere, gleichberechtigte Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe. Wir wollen landesweit verlässliche Qualitätsstandards für den Ganztag schaffen, damit gute Betreuung und Förderung nicht von der Finanzkraft der Kommune oder den Bedingungen vor Ort abhängen. Gleichzeitig stärken wir die Beteiligung von Kindern und Eltern sowie den Kinderschutz. Den gebundenen Ganztag an Grund- und weiterführenden Schulen bauen wir gekoppelt an den Sozialindex und somit den sozialen Herausforderungen in den Nachbarschaften aus. Unser Ziel bleibt ein Ganztag, der nicht nur verlässlich, sondern auch in seiner Qualität allen Kindern und Beschäftigten gerecht wird.

Inklusion: Schule als Ort ohne Ausgrenzung

Jedes Kind soll genau die Unterstützung erhalten, die es für seinen eigenen Weg braucht, unabhängig von Herkunft, familiärer Situation, Geschlecht, Sprache oder Behinderung. Bei Behinderung ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention die Leitlinie unserer Bildungspolitik.

Individuelle Schulbegleitung bleibt für Kinder unverzichtbar, die ohne sie nicht am Unterricht teilnehmen können. Bei dauerhaftem Bedarf wollen wir längerfristige Bewilligungen ermöglichen, damit Familien nicht jährlich erneut Anträge stellen müssen. Zugleich integrieren wir Schulbegleitung stärker in das multiprofessionelle Team der Schule, mit verbindlich geregelter Qualifikation, pädagogischer Einbindung und fairen Arbeitsbedingungen. Perspektivisch wollen wir pädagogische Klassenbegleitungen als festen Bestandteil multiprofessioneller Teams etablieren. Pflegerische Tätigkeiten müssen fachlich benannt, professionell eingeordnet und entsprechend vergütet werden.

Perspektivisch wollen wir jeder Klasse der Primar- und Sekundarstufe I eine pädagogische Klassenbegleitung an die Seite stellen und eine feste, qualifizierte Ansprechperson für Kinder, Lehrkräfte und Schulsozialarbeit. Über den Schulsozialindex erhalten Schulen mit besonderem Bedarf zusätzliche Klassenbegleitungen. Multiprofessionelle Teams bauen wir gezielt um Sonderpädagog*innen und weitere Professionen aus und verankern Inklusionskoordinator*innen auf Schulleitungsebene. Landesweite Baustandards sorgen für Barrierefreiheit und inklusionsfördernde Raumausstattung. Gemeinsam mit der Monitoring-Stelle in NRW erstellen wir einen Aktionsplan Inklusion mit klaren Zielen und verbindlicher Zeitachse. Individuelle Hilfen sollen wo nötig erhalten bleiben, integrieren sich aber künftig in die strukturelle Verantwortung der Schule. Erstmals erarbeiten wir für NRW einen Dyskalkulie-Erlass, um Leitlinien im Umgang mit Rechenschwäche zu geben.

So lernen Kinder gemeinsam in vielfältigen Gruppen, in denen Unterschiede selbstverständlich dazugehören, und erfahren Schule als sicheren Ort ohne Ausgrenzung.

Kein Kind bleibt zurück: flexible Wege durch die Schulzeit

Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb streben wir beitragsfreie Bildung an. Wir wollen Ganztagsschulen mit Gebührenbefreiung für Geringverdienende und die finanzielle Unterstützung beim Schulstart oder für Schulausflüge, damit kein Kind zurückbleibt. Auf dem Weg dorthin legen wir Höchstgrenzen für die Elternbeiträge in Kitas, Kindertagespflege und offenen Ganztagsschulen fest, um insbesondere Familien mit kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten.

Erfolgreiche Ansätze aus dem Startchancen-Programm werten wir systematisch aus und sorgen dafür, dass bewährte Konzepte schnell allen Schulen in NRW zugutekommen.

Unser Ziel ist, Abschulungen und unfreiwillige Klassenwiederholungen durch bessere individuelle Förderung so weit wie möglich zu vermeiden. Schwierigkeiten beim Lernen wollen wir frühzeitig erkennen und Schüler*innen gezielt unterstützen, damit sie ihren Bildungsweg erfolgreich fortsetzen können, statt durch Rückstufungen zusätzliche Hürden zu erleben. Die Kita kennt die Entwicklung eines Kindes besonders gut und kann deshalb Eltern beim richtigen Zeitpunkt für die Einschulung fachkundig beraten. Mit der Kita-Pflicht im letzten Jahr stellen wir sicher, dass jedes Kind und seine Familie von dieser Beratung profitieren. Das Modell der PRIMUS-Schulen mit längerem gemeinsamen Lernen von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe I bauen wir aus.

Damit Unterstützung dort ankommt, wo sie am dringendsten gebraucht wird, entwickeln wir den Schulsozialindex weiter. Dabei berücksichtigen wir stärker die tatsächlichen Voraussetzungen und Förderbedarfe der Schüler*innen. Zusätzliche Mittel sollen gezielt Schulen zugutekommen, an denen besonders viele Kinder die Mindeststandards noch nicht erreichen – vor allem in den Grundschulen. Eine datenschutzkonforme Bildungs-ID begleitet Bildungsbiografien über Einrichtungsgrenzen hinweg, vereinfacht Verwaltungsprozesse und verbessert den Datenaustausch zwischen Bildungseinrichtungen. Unterstützung für Familien endet nicht an der Schultür: Wir bauen die Zahl der Familiengrundschulzentren deutlich aus und docken sie an den Sozialindex an, damit sie als multiprofessionelle Netzwerke genau dort ankommen, wo der Bedarf am größten ist.

Eine Schule, die trägt

Schule muss tragen; gerade dann, wenn junge Menschen krank werden. Psychische Belastungen bei Kindern und Jugendlichen haben spürbar zugenommen: Angst- und Essstörungen, Depressionen und psychosomatische Beschwerden treten früher auf, verlaufen intensiver und bleiben oft unbehandelt. Deshalb braucht Schule Raum und Zeit für echte Beziehungen und Zuhören, Lernen ohne übermäßigen Druck sowie eine an jeder Schule präsente Unterstützung für seelische und soziale Fragen, die Kinder, Jugendliche, Mitarbeitende und Familien gleichermaßen einbindet. Wir wollen, dass diagnostizierte psychische Erkrankungen verbindlich unter den Nachteilsausgleich fallen. Dafür braucht es landesweite Richtlinien, Fortbildungen für Lehrkräfte und transparente, niedrigschwellige Verfahren. Für Schüler*innen mit Long Covid und anderen chronischen Krankheiten wie ME/CFS fordern wir flexible Leistungsbewertungen, individualisierte Präsenzpflichten im Rahmen der Oberstufenreform sowie rechtssicher abgesicherte hybride und digitale Teilhabe. Kein junger Mensch darf zurückgelassen werden, nur weil das System nicht flexibel genug ist. Bildungsgerechtigkeit heißt für uns, Strukturen so zu gestalten, dass sie wirklich tragen.

Schule als Lebensort: Zeit, Bewegung, Beziehung

Ein guter Schulalltag braucht mehr als einen vollen Stundenplan. Wir geben Schulen die Möglichkeit, per Beschluss der Schulkonferenz den Schulbeginn auf bis zu 9 Uhr zu legen, damit der Tag besser zum Biorhythmus junger Menschen passt. Gesundes, nachhaltiges Schulessen unterstützen wir gezielt mit Förderprogrammen für Schulen und Schulträger. Mit einer Sport- und Schwimmoffensive bringen wir mehr Bewegung in den Schulalltag. Den Schulsport entwickeln wir weiter und verzahnen ihn enger mit dem Ganztag. Kulturelle Bildung gehört für uns genauso zur Schule wie Mathematik oder Deutsch: Wir wollen Schulen ermöglichen, die Zusammenarbeit mit Kulturinstitutionen und der Freien Szene nach ihren Bedürfnissen auszubauen. Schulen leben von den Menschen, die sich für sie engagieren. Deshalb bauen wir bürokratische Hürden für ehrenamtliches Engagement an ihnen ab.

Schulen als Orte der Demokratie und Toleranz

Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Realität im Alltag vieler Menschen, auch in unseren Schulen. Deshalb müssen Schüler*innen und Lehrkräfte gerade auch im Netz für

Hass, Hetze und sexualisierte Gewalt sensibilisiert werden. Stigmatisierung und Diskriminierung haben in unserer Gesellschaft genau so wenig zu suchen wie in der Schule. Wir wollen Angebote für Schüler*innen mit Diskriminierungserfahrung schaffen und aufklären. Schüler*innen sind so unterschiedlich wie unsere Gesellschaft es auch ist. Ein Land, das in Vielfalt zusammenhält, zeigt sich gerade in der Schule, egal ob im Lehrplan oder im Klassenzimmer.Dazu gehört auch ein diskriminierungsfreier Sexualkundeunterricht.

Wir verstehen Vielfalt und Mehrsprachigkeit als Chance, die wir ausschöpfen wollen. Wer neben Deutsch eine andere Sprache beherrscht, bringt eine zusätzliche Kompetenz mit. Wir stärken deshalb Mehrsprachigkeit von der Kita bis zur Schule und entwickeln den herkunftssprachlichen Unterricht weiter. Damit jedes Kind die gleichen Bildungschancen erhält, stärken wir die durchgängige Bildungssprache Deutsch. Demokratiebildung, Sensibilität für Diskriminierung, Radikalisierungsprävention und rassismuskritische Aufklärungsarbeit etablieren wir verbindlich in den Schulen des Landes. Entsprechende Inhalte nehmen wir in die Fort- und Weiterbildungsplanung auf, damit Lehrkräfte durch regelmäßige Fortbildungen und Handreichungen Handlungssicherheit gewinnen. Dazu gehört auch eine geschlechtersensible Sprache.

Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und „Schule der Vielfalt“ sind wichtige Bekenntnisse – aber ein Schild an der Schultür allein verändert noch keinen Schulalltag. Auch an ausgezeichneten Schulen erleben Schüler*innen Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen von Diskriminierung. Entscheidend ist deshalb, wie Schulen damit umgehen.

Wir wollen solche Programme weiterentwickeln und mit verbindlichen Standards koppeln: regelmäßige Fortbildungen, verlässliche Ansprech- und Beschwerdestrukturen, die Beteiligung von Schüler*innen sowie eine regelmäßige Überprüfung der vereinbarten Maßnahmen. Schulen sollen nicht behaupten müssen, frei von Diskriminierung zu sein – sie sollen zeigen, dass sie Diskriminierung erkennen, Betroffene ernst nehmen und konsequent handeln.

Gleichzeitig stärken wir rassismus- und diskriminierungskritische Bildung in Unterricht, Lehrplänen und Schulbüchern. Dafür ist es ebenfalls wichtig, die deutsche und europäische Kolonialgeschichte und ihre Auswirkungen bis in die Gegenwart verbindlicher zu behandeln.

Wir wollen den islamischen Religionsunterricht als dauerhaftes Regelangebot in NRW sichern und qualitativ weiterentwickeln. Dabei stärken wir eine religiöse Bildung, die die Lebensrealität junger Muslim*innen aufgreift und Demokratie, gesellschaftliche Teilhabe und einen reflektierten Umgang mit Religion fördert. Wir wollen die Stimmen

liberaler Muslim*innen in der Kommission für islamischen Religionsunterricht stärken. Die religiösen Inhalte des Unterrichts müssen unabhängig von der Einflussnahme ausländischer Staaten bestimmt werden. Deshalb sollen Verbände, die der Steuerung oder maßgeblichen Einflussnahme ausländischer Regierungen unterliegen, nicht in der Kommission vertreten sein.

Angesichts wachsender konfessioneller und religiöser Vielfalt öffnen wir als Angebot den Religionsunterricht für interreligiöse Modelle. Dazu stoßen wir einen institutionalisierten Dialogprozess mit allen beteiligten Kirchen und Religionsgemeinschaften an. Weil der Anteil nicht religiös gebundener

Schüler*innen wächst, bauen wir Praktische Philosophie schon ab der Grundschule sowie das Fach Philosophie in den weiterführenden Schulen aus.

Schulen sind für uns Orte gelebter Demokratie. Kinder und Jugendliche sollen erleben, dass ihre Stimme zählt, dass sie ihr Umfeld mitgestalten und mitentscheiden können, wann, wo und wie ihr Lernen stattfindet. Mitbestimmung soll für alle Altersstufen selbstverständlich zum Schulalltag gehören, und demokratisches Denken sowie politisches Lernen sollen den gesamten Unterricht durchziehen. Bestehende Maßnahmen zur Demokratieförderung, Antidiskriminierung, Extremismusprävention und zum Mentoring bauen wir aus. Die Expertise zivilgesellschaftlicher Akteur*innen binden wir dabei aktiv in Entwicklungsprozesse ein. Die Mitwirkung der Elternvertretung wird von einer Kann-Regelung zum verbindlichen Standard auf kommunaler Ebene.

Gute Räume, gute Technik

Digitale Bildung darf nicht vom Wohnort, der Schulform oder dem Schulträger abhängen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schüler*innen und Lehrkräfte in NRW dauerhaft Zugang zu funktionierender technischer Infrastruktur sowie sicheren, datenschutzgerechten und kostenfreien digitalen Bildungswerkzeugen erhalten. Wir sorgen dafür, dass informationstechnische Grundlagen und eine kritisch-reflektierte KI-Grundbildung allen zugänglich werden. Wir wollen, dass jedes Kind und jede Lehrkraft ein digitales Endgerät hat und wollen die Kommunen auf diesem Weg begleiten. Dazu gehören auch ein Glasfaseranschluss mit mindestens 1 GBit/s symmetrisch, leistungsfähiges WLAN und IT-Assistenz vor Ort. Mit den Städten und Gemeinden entwickeln wir die Lernmittelfreiheit weiter und öffnen sie für neue digitale Inhalte und Anbieter. Digitale Werkzeuge helfen uns zudem, Bildungsqualität sichtbar zu machen: Wir bauen ein durchgängiges Bildungsmonitoring auf, das individuelle Lernverläufe in den Blick nimmt und als verlässliche Grundlage für politische wie pädagogische Entscheidungen dient. So steuern wir Bildung datengestützt und systematisch weiter, statt sie nur zu verwalten.

Statt isolierter Softwarelösungen einzelner Schulen oder Kommunen entwickeln wir sie gemeinsam mit anderen Bundesländern, dem Bund und europäischen Partner*innen. Dabei setzen wir prioritär auf quelloffene europäische Angebote. So schaffen wir eine verlässliche, zukunftsfeste Grundlage, die gleichzeitig Lehrkräfte entlastet. Dabei ist uns wichtig: Der Betrieb digitaler Werkzeuge darf nicht von Konzernen außerhalb des Rechtsraums der EU abhängen. Daten von Schüler*innen und Lehrkräften müssen in europäischer Hand bleiben und dürfen nicht in die Geschäftsmodelle einzelner Anbieter einfließen. Ergänzend benötigen wir praxisnahe Fortbildungen, die Lehrkräfte befähigen, digitale Werkzeuge im Unterricht einzusetzen und ihren sachgerechten Umgang damit zu vermitteln. Gemeinsam mit Stakeholder*innen erarbeiten wir eine "White List", die datenschutzrechtliche Empfehlungen für digitale Lernwerkzeuge gibt. Zudem fördern wir digitale Lernräume gezielt über die Schule hinaus und verbinden so, bspw. über Bibliotheken, Werkstätten und Jugendzentren, schulisches und außerschulisches Lernen.

Auch die Gebäude müssen mithalten: Mit dem “NRW.Plan” investieren wir bereits gemeinsam mit den Kommunen in die Sanierung und Modernisierung unserer Schulen, während wir mit der Altschuldenhilfe des Landes hoch verschuldeten Kommunen neue

finanzielle Spielräume verschaffen. Diesen Weg setzen wir fort und unterstützen Schulträger dabei, nachhaltige, innovative und flexible Lösungen umzusetzen. Auch den Hitzeschutz an Schulen treiben wir weiter voran: Unser Programm “Coole Schulhöfe” zur klimaangepassten Gestaltung von 1.000 Schulhöfen setzen wir fort und entwickeln es mit dem Ziel weiter, perspektivisch alle Schulhöfe in NRW zu entsiegeln und klimaangepasst zu gestalten. So bleiben die Schulhöfe auch an Hitzetagen kühl. Außerdem wollen wir mit Klimaanlagen und Wärmepumpen dafür sorgen, dass die Schulräume in solchen Zeiten erträglich bleiben. Dafür gehen wir auf die Schulträger zu und unterstützen sie bei der Umrüstung.

Ausbildung stärken

Unser Ausbildungssystem schafft Wohlstand und eröffnet einen verlässlichen Weg ins Berufsleben. Obwohl in NRW jedes Jahr zehntausende junge Menschen vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, bleiben gleichzeitig zehntausende Plätze frei. NRW braucht diese Fachkräfte. Deshalb wollen wir die Ausbildung attraktiver und zugänglicher machen.

Bei der Berufsorientierung erhalten Jugendliche Hilfe, um den passenden Ausbildungsberuf zu finden, an jeder Schulform und unabhängig von Abschluss und Geschlecht. Das gilt auch an Hochschulen, für Studierende, die sich beruflich neu orientieren wollen. Wir bauen das bewährte Modell "Kein Abschluss ohne Anschluss" (KAoA) weiter aus, ebenso die Berufseinstiegsbegleitung und Angebote wie "Kurs auf Ausbildung". Für Menschen mit Behinderung verbessern wir die Beratung, bei der Chancen und berufliche Möglichkeiten im Mittelpunkt stehen. Wir unterstützen dafür theoriereduzierte Ausbildungswege und statten Berufsschulen entsprechend barrierefrei aus. Zusätzliche Schulabschlüsse neben der beruflichen Qualifikation sollen leichter erreichbar werden, wodurch auch die Berufskollegs gestärkt werden. Auch berufsbegleitende Weiterqualifizierungen, beispielsweise von Kinderpfleger*in zu Erzieher*in und weiteren Bereichen mit Fachkräftebedarf, sollen möglich gemacht werden.

Um Schulabsolvent*innen eine fundierte und breite Berufserkundung im Handwerk zu bieten, gibt es das Pilotprojekt Freiwilliges HandwerksjahrPLUS der Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe. Dabei können Freiwillige innerhalb eines Jahres bis zu vier Ausbildungsberufe kennenlernen. Wir unterstützen die Handwerkskammern bei der flächendeckenden Einführung im Land.

Berufskollegs haben eine zentrale Rolle in der beruflichen Bildung. Wir statten sie zeitgemäß digital aus, unterstützen sie mit Personalressourcen sowie mehr eigener Personalverantwortung bei der Stellenbesetzung. Wir initiieren Innovationslabore an bzw. mit Berufskollegs im Zusammenwirken mit den Kammern. Leistungen im Rahmen der dualen Ausbildung sollen stärker für das Studium anerkannt werden. Exzellenz in der beruflichen Bildung wollen wir fördern.

Schüler*innen sollen die Möglichkeiten der beruflichen Bildung systematischer und früher als bisher kennenlernen und sich schon in der Schule von den Chancen einer dualen Ausbildung überzeugen können. Dazu setzen wir verstärkt auf Ausbildungsbotschafter*innen, Orientierungstage an Schulen, digitale Beratung, mehr Praxisabschnitte und gendersensible Berufsorientierung. Bei Berufserkundung oder bei Praktika geben wir allen Schüler*innen die Chance, Handwerks- oder Industriebetriebe kennenzulernen, und nehmen Schüler*innen ohne Abschluss gezielt in den Blick.

Um mehr Menschen niedrigschwellig den Einstieg in Arbeit zu ermöglichen, setzen wir auf Teilqualifikationen: Berufe werden in einzelne Segmente zerlegt, so dass Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung oder Zuwanderungsgeschichte schrittweise bis zur vollständigen Berufsprüfung gelangen können. IHKen und Handwerkskammern in NRW unterstützen wir dabei, dieses Angebot landesweit auszubauen. Gleichzeitig sollen die Berufsbildungszentren technisch auf den neuesten Stand gebracht werden. Hybride Lernformate sorgen dafür, dass niemand wegen zusammengelegter Kurse wochenlang stundenlange Anfahrtswege in Kauf nehmen muss.

Wir wollen die Internationalisierung der Ausbildung fördern und mehr Auslandsaufenthalte ermöglichen. Mit einer Informationskampagne zu Erasmus+ und dem direkten Austausch mit kleinen und mittleren Betrieben werben wir für Auslandspraktika während der Ausbildung.

Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig. Sie schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich: Wir erleichtern das berufsbegleitende Studium und schaffen zusätzliche duale Studiengänge. Der Meisterabschluss bleibt ein Gütesiegel handwerklicher Arbeit, das wir sichern wollen. Seine Gleichwertigkeit mit dem akademischen Bachelor im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) muss endlich rechtlich festgeschrieben werden.

Azubis unterstützen

Für viele junge Menschen scheitert die Ausbildung schon an der Miete, weshalb gerade in Großstädten reihenweise Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. Aus diesem Grund möchten wir nach dem Vorbild der Studierendenwerke Auszubildendenwerke schaffen, die bezahlbare Wohnheimplätze, günstiges Essen, Kinderbetreuung und Beratung rund um BAföG und finanzielle Unterstützung bereitstellen.

Ausbildung muss sich außerdem flexibler an die Lebensrealität anpassen. Deshalb machen wir Teilzeitausbildungen unter anderem durch flexiblere Modelle der Berufsschulbildung flächendeckend möglich, und führen das erfolgreiche Programm "Teilzeitberufsausbildung – Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen" (TEP) landesweit konsequent fort. Das Programm ist besonders wichtig für Eltern nach der Elternzeit und für Menschen, die parallel zu ihrem Sprachkurs eine Ausbildung beginnen möchten. Mit den Handwerkskammern und IHKen wollen wir gemeinsam ein Modell entwickeln, wie die finanzielle Verantwortung für mehr Ausbildungsplätze auf mehr Schultern verteilt werden kann. Gemeinsam mit Betrieben und weiteren Akteuren helfen wir benachteiligten Jugendlichen gezielt dabei, einen Ausbildungsplatz zu finden und zu halten. In noch mehr Branchen wollen wir ein Azubi-Ticket – das vergünstigte Deutschlandticket – umsetzen. Mehr Anerkennung und finanzielle Anreize in den Betrieben machen die Ausbildung insgesamt attraktiver.

Wer eine Ausbildung beginnt, braucht die Sicherheit, sie auch beenden zu können. Deshalb setzen wir uns für verlässliche Bleibeperspektiven für Azubis mit ungesichertem Aufenthaltsstatuts während der Ausbildung und beim anschließenden Einstieg in das Berufsleben ein. Junge Menschen sollen trotz erfolgreicher Ausbildung und guter Perspektiven nicht um ihren Aufenthalt fürchten müssen. Gleichzeitig geben wir Ausbildungsbetrieben die Sicherheit, dass ihre

Investition in Ausbildung und Integration nicht durch eine drohende Abschiebung zunichte gemacht wird.

Wir ermöglichen Weiterbildung für ein ganzes Leben

Lebenslang lernen – Chancen für alle

Weiterbildung darf kein Privileg für Menschen in Großunternehmen sein. Digitale Grundkompetenz gehört für uns in jedes Lebensalter. Gerade ältere Menschen wollen wir mit niedrigschwelligen Angeboten für den Umgang mit digitaler Verwaltung und sozialen Medien fit machen. Auch akademische Weiterbildung gehört für uns dazu: Wir bauen sie an den Hochschulen nach den neuen Möglichkeiten des Hochschulgesetzes aus und verzahnen Hochschulen stärker mit der Arbeitswelt, damit lebensbegleitendes Lernen auf jedem Bildungsniveau möglich wird.

Neue Wege in die Berufe, die NRW jetzt braucht

Ob Handwerk, Pflege oder frühkindliche Bildung: Wo Fachkräfte fehlen, öffnen wir zusätzliche Türen. Den zweiten Bildungsweg über Volkshochschulen und freie Träger bauen wir aus, damit niemand ohne Schulabschluss oder Ausbildung zurückbleibt. Die Berufskollegs entwickeln wir zu echten regionalen Zentren der beruflichen Weiterbildung. Wir schaffen berufsbegleitende Qualifizierungswege in Mangelberufen wie der Kindertagespflege und dem Lehrpersonal in der Pflege und nutzen konsequent die Fördermöglichkeiten von Arbeitsagentur, Jobcentern und Rentenversicherung, damit mehr Menschen sich einen Quer- oder Seiteneinstieg überhaupt leisten können.

Wer sich zum Meister oder zur Meisterin weiterbildet, investiert in die eigene Zukunft und stärkt zugleich unser Handwerk. Mit der Meisterprämie und der ausgebauten Meistergründungsprämie haben wir die berufliche Weiterbildung und den Schritt in die Selbstständigkeit bereits deutlich attraktiver gemacht. Diese Instrumente wollen wir verstetigen und weiterentwickeln – gerade auch, um die Übernahme bestehender Betriebe zu erleichtern und die anstehende Welle von Betriebsnachfolgen zu unterstützen. Zugleich setzen wir uns für mehr Stipendien und eine stärkere Begabtenförderung in der beruflichen Bildung ein. Unser Ziel bleibt die finanzielle und gesellschaftliche Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.

Der Bildungsscheck bleibt

Wer sich beruflich weiterbildet, verdient Verlässlichkeit. Der Bildungsscheck hat sich bewährt und läuft aktuell als Bildungsscheck 2.0 bis 2029. Wir wollen ihn über dieses Datum hinaus dauerhaft fortführen, unabhängig von EU-Förderzyklen, und ihn so weiterentwickeln, dass er einfacher und schneller zugänglich wird. Denn wer erst mühsam Anträge stellen muss, verzichtet im Zweifel lieber ganz auf die Weiterbildung. Auf das Potential, das NRW damit verloren ginge, können und wollen wir nicht verzichten.

Damit der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel des Landes für alle gelingt, wollen wir möglichst viele Menschen für lebensbegleitendes Lernen gewinnen. Wir unterstützen den Ausbau der akademischen Weiterbildung an den Hochschulen nach den neuen Möglichkeiten des Hochschulgesetzes und verzahnen Hochschulen stärker mit der Arbeitswelt, um den Anforderungen der Transformation gerecht zu werden

Wir stärken freie und exzellente Hochschulen

Verlässliche Finanzierung in schwierigen Zeiten

Wissenschaft und Forschung in NRW sind schon heute Weltklasse: von Gesundheitsforschung bis hin zu Cybersicherheit. Genau diese Stärke wollen wir erhalten und ausbauen, denn ohne exzellente Hochschulen keine Innovation „made in NRW“. Freie, von Neugier getriebene Forschung und Grundlagenforschung sind dafür unverzichtbare Grundsteine. Kostenlose Hochschulbildung ist eine Errungenschaft, die wir verteidigen: Sie öffnet Perspektiven und Aufstiegsmöglichkeiten und ist damit ein zentraler Baustein für soziale Gerechtigkeit in NRW. Ebenso wichtig ist inter- und transdisziplinäre sowie anwendungsorientierte Forschung, die konkrete Beiträge zu gesellschaftlichen Herausforderungen erarbeitet, aber genau diese kommt bislang oft zu kurz. Deshalb fördern wir sie gezielter und bauen dazu auch die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft institutionell weiter aus. Mit den Hochschulen als Orten gesellschaftlicher Verantwortung gehen wir konsequent den Weg zur Klimaneutralität.

Wissenschaft braucht Verlässlichkeit, keine Zufallsfinanzierung von Projekt zu Projekt. Unser Ziel: Öffentliche Förderung muss stärker in die Grundfinanzierung der Hochschulen fließen und weniger in befristete Projektmittel, damit Hochschulen wirklich unabhängig von Drittmitteln planen können, auch personell. Wir stehen für eine Wissenschaftspolitik, die Dialog fördert, Perspektiven und Innovation schafft und Spitzenforschung ermöglicht – für Studierende, Lehrende, Forschende und die Gesellschaft als Ganzes. Wir wollen zu einem resilienten Wissenschaftssystem kommen, das ökonomische Krisen und gesellschaftlichen Wandel besser bewältigen kann, das internationalen Spannungen und Konflikten mit Aufklärung und einer klaren Haltung begegnet und das einer vielfältigen, sich stetig wandelnden Gesellschaft entspricht.

Kooperation statt Konkurrenz

Die Studierendenzahlen gehen etwas zurück und gerade die Umstellung auf G9 führt aktuell zu deutlich weniger Studierenden. Dies führt dazu, dass Hochschulen mehr um Studierende konkurrieren. Damit daraus aber kein Verdrängungswettbewerb wird, setzen wir auf Kooperation, auf gemeinsame Infrastrukturen, aufeinander abgestimmte Studiengänge und den bedachten Abbau echter Doppelstrukturen. Studienangebote und Standorte wollen wir vorausschauend und stärker landesweit abgestimmt weiterentwickeln. Wir sorgen dafür, dass die Studienkapazitäten in Bereichen, die einen besonders hohen Fachkräftebedarf haben – insbesondere wo es darum geht, staatliche Funktionen zu erfüllen –, bedarfsgerecht zeitnah erhöht werden. Kleine Fächer und die regionale Bildungsbeteiligung sichern wir ab.

Ausgewählte Studiengänge mit landesweiter Bedeutung etablieren wir als Fernstudiengänge, damit Angebote erhalten bleiben, auch wenn sie sich an einem einzelnen Standort nicht mehr tragen.

Machtstrukturen hinterfragen, Mitbestimmung stärken

Wer gemeinsam entscheidet, entscheidet besser: Deshalb stärken wir den Senat gegenüber Rektorat und Hochschulrat und machen eine ausgewogene Beteiligung aller Statusgruppen wieder zum Standard, damit nicht über die Köpfe von wissenschaftlichem Mittelbau, Verwaltung und Studierenden hinweg entschieden werden kann. Wir setzen zudem Anreize für studentische Mitwirkung in der Selbstverwaltung der Hochschulen und evaluieren das Hochschulstärkungsgesetz mit dem Ziel, notwendige Verbesserungen vorzunehmen. Das Lehrstuhl-Modell ist ein Relikt, deshalb unterstützen wir Hochschulen beim Umstieg auf Departmentstrukturen, die nicht nur Machtmissbrauch vorbeugen, sondern auch neue Karrierewege unterhalb der Professur eröffnen.

Innerhalb der Hochschulen tragen Rektorate und Professor*innen besondere Verantwortung – deshalb stärken wir gezielt ihre Führungskompetenzen. Gute Führung heißt für uns: Vertrauen schaffen, Verantwortung übernehmen und Mitgestaltung ermöglichen. Sie fördert Talente, sorgt für faire Arbeitsbedingungen, schützt vor Machtmissbrauch und zeigt eine klare Haltung gegen Demokratiefeinde.

Gute Arbeit an Hochschulen

Exzellente Lehre und Forschung gibt es für die, die sie leisten, nicht zum Nulltarif. Auch studentische und wissenschaftliche Beschäftigte verdienen gute und faire Löhne. Dafür wollen wir arbeiten, zum Beispiel mit mehr Verträgen innerhalb des Tarifvertrags der Länder (TVL). Studentische und wissenschaftliche Beschäftigte müssen vollständig nach dem Tarifvertrag der Länder besoldet werden. Wer dauerhafte Aufgaben in Forschung, Lehre, Verwaltung oder Infrastruktur übernimmt, muss auch eine dauerhafte Stelle statt endloser Befristung erhalten. Wir unterstützen die Weiterentwicklung des “Vertrags über gute Beschäftigungsbedingungen” sowie neue Karrierewege neben der Professur und im Wissenschaftsmanagement. Um die Qualität der Lehre zu verbessern, sollen Lehrende außerdem stärker mit den Angeboten der Hochschuldidaktik zusammenarbeiten.

Ein Studium, das allen offensteht

Ob ohne akademischen Familienhintergrund, mit Zuwanderungsgeschichte oder mit Behinderung und chronischer Erkrankung: Der Zugang zum Studium darf nicht am Geldbeutel, fehlender Beratung oder mangelnder Barrierefreiheit scheitern. Wir bauen gezielte Unterstützungsprogramme, bessere Beratung und konsequente Barrierefreiheit aus. Auch Hürden innerhalb des Studiums schaffen wir ab. Starre Begrenzungen von Prüfungsversuchen können dazu führen, dass eine einzelne Prüfung über das endgültige Scheitern eines ganzen Studiums entscheidet. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Modulprüfungen ohne starre Obergrenze für die Prüfungsversuche wiederholt werden können. Nach wiederholten Fehlversuchen soll

eine verbindliche Studienberatung gemeinsam mit den Studierenden Wege für einen erfolgreichen Studienverlauf aufzeigen.

Hochschulen unterstützen wir dabei, sowohl Studierende als auch Beschäftigte dort zu unterstützen, wo sie Bedarfe haben.

Gute Studienbedingungen beginnen bei Wohnen, Mensa und Beratung. Ihr soziales Rückgrat sind die Studierendenwerke. Auf Grundlage der Organisationsuntersuchungen haben wir ihre Modernisierung bereits angestoßen. Diesen Weg setzen wir fort: Wir stärken ihre Zusammenarbeit und Digitalisierung, schaffen mehr Planungssicherheit und entwickeln ihre Finanzierung und Strukturen so weiter, dass bezahlbares Essen, Wohnraum, Beratung und weitere soziale Angebote dauerhaft gesichert werden können. Dabei rücken wir die psychische Gesundheit von Studierenden stärker in den Fokus.

Hochschulen als Orte der Demokratie stärken

Wir schützen die Freiheit und Vielfalt in der Wissenschaft. Wissenschaft kann nur auf dem Boden des Grundgesetzes stattfinden, denn die Wissenschaftsfreiheit und die freie Berufswahl sind ihre Grundpfeiler. Der Unterwanderung von Hochschulen durch Rechtsextreme setzen wir uns gemeinsam entgegen. Antisemitismus hat an unseren Hochschulen ebenfalls keinen Platz. Wir unterstützen die Hochschulen darin, Studierende und Beschäftigte effektiv vor Diskriminierung und Gewalt zu schützen und Vorfälle konsequent zu ahnden. Der Wissenschaftsspionage durch ausländische Mächte begegnen wir mit abgestimmten Strategien. Unsere Hochschulen erhalten dabei klare Rückendeckung. Wir unterstützen die Wissenschaft dabei, noch besser in die Gesellschaft zu kommunizieren, und stärken die Demokratiebildung an den Hochschulen.